Ausgabe 2/2023

pax christi

Rhein-Main | Regionalverband Limburg-Mainz

pax christi
Internationale Katholische Friedensbewegung

Liebe Leserin, lieber Leser,

bei der Vorstellung des aktuellen Weltklimaberichtes 2023 am 20. März sagte UN-Generalsekretär António Guterres: »Die Klima-Zeitbombe tickt. Aber der heutige IPCC-Bericht ist ein Leitfaden zur Entschärfung der Klima-Zeitbombe. Er ist ein Überlebensleitfaden für die Menschheit.« Und die »Zeit« kommentierte am 22. März: »Keine Regierung kann behaupten, nichts gewusst zu haben. Zeile für Zeile wirkten Regierungen an der Kurzfassung des Klimaberichts mit. Skandalös? Keineswegs. Sie belegen ihr Versagen und zeigen, dass sie wissen, was zu tun ist.«

Und nun wird konsequent gehandelt, denn es handelt sich um das zentrale Überlebensthema der Menschheit? Weit gefehlt! Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die hegemoniale Auseinandersetzung zwischen den USA und China haben das Thema international an den Rand gedrängt. Und die Bundesregierung: beugt sich den Klientelinteressen einer »Fünfprozentpartei«, verwässert ihre eigenen im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele und tut so, als könnten wir weiter so leben und wirtschaften wie bisher. Es soll ja nur nicht der Eindruck entstehen, wir müssten an unserer imperialen Lebensweise irgendetwas ändern. Ja, und wir Bürger:innen? Für uns wird laut repräsentativen Umfragen eine wirksame Klimapolitik immer unwichtiger. Mehr Verdrängung der Realität geht eigentlich kaum noch!

Lassen wir uns von Ostern inspirieren, geben wir nicht auf: Verändern wir unsere eigene Lebensweise konsequenter, werben wir dafür bei anderen und nehmen wir die politischen Entscheidungsträger:innen in die Pflicht!

Thomas Meinhardt
Soziologe und Co-Vorsitzender von pax christi Rhein-Main

© Sofiia Bobok – picture-alliance.com; Ort: Kupyansk, Region Kharkiv

Krieg gegen die Ukraine

Es gibt mehr als Niederlage oder Sieg

Wie kann der grausame Ukraine-Krieg mit all seinen Opfern, Zerstörungen und Eskalationsrisiken bis hin zu einem Einsatz von Atomwaffen endlich und auch auf Dauer gestoppt werden?

Nur durch einen Waffenstillstand mit nachfolgenden Verhandlungen über eine politische Lösung. Sonst droht an allen Fronten dieses Krieges ein im schlimmsten Fall jahrelanger Erschöpfungs- und Abnutzungskrieg, wie er bereits seit November 2022 um die Stadt Bachmut im Donbas stattfindet. Anfang März 2023 ist Bachmut fast völlig zerstört, von über 95 Prozent seiner ehemals 75.000 Einwohner:innen entvölkert. Weder für Russland noch für die Ukraine ist ein endgültiger militärischer Sieg mit Erreichung der bislang von Moskau beziehungsweise von Kiew offiziell proklamierten Kriegsziele möglich. Darauf weisen der Vorsitzende des Generalstabs der US-Streitkräfte, General Mark A. Milley, und andere führende westliche Militärs bereits seit Spätherbst letzten Jahres hin.

Wer für eine Waffenruhe und Verhandlungen eintritt, sollte diesem Plädoyer jedoch immer die unmissverständliche Bewertung dieses Krieges als verbrecherischen, durch nichts zu rechtfertigenden Völkerrechtsbruch voranstellen sowie die Forderung nach einem sofortigen Stopp der russischen Angriffe und dem vollständigen Abzug der Invasions- und Besatzungstruppen aus der Ukraine. Diese Eindeutigkeit fehlte leider in manchen Texten, Appellen und Manifesten der letzten zwölf Monate, und sie fehlt auch in einigen Aufrufen zu den diesjährigen Ostermärschen Anfang April. Wer für Verhandlungen eintritt, sollte auch sehr deutlich machen, dass man sich nicht anmaßt, der Regierung Selenskyj vorzuschreiben, worüber sie zu verhandeln hat, welche Angebote oder gar welche Konzessionen sie machen sollte. Andererseits lagen die meisten der für eventuelle Vereinbarungen zwischen Kiew und Moskau zu klärenden Fragen ja bereits bei der Istanbuler Verhandlungsrunde am 29. März letzten Jahres auf dem Tisch. Hinzu kommen die sehr detaillierten und nützlichen Vorschläge für die Vermittlung und die Überw achung künftiger Vereinbarungen sowie für Sicherheitsgarantien, die im Mai letzten Jahres der Vatikan und die damalige italienische Regierung veröffentlicht hatten.

Verständliche Haltung, aber auch Realitätsverweigerung

Wegen der schwerwiegenden Verbrechen, die die russischen Invasionstruppen unter dem politischen Oberbefehlshaber Präsident Putin in der Ukraine begangen haben und weiterhin begehen, lehnt der ukrainische Präsident Selenskyj Verhandlungen mit Putin kategorisch ab. In dieser Ablehnung wird Selenskyj bislang auch von einer großen Mehrheit der Politiker:innen, Parteien und Medien in Deutschland unterstützt. Diese Haltung ist zwar emotional gut nachvollziehbar, aber auch eine Realitätsverweigerung, wie an zahlreichen Beispielen bei der Beendigung von Kriegen aus der Vergangenheit gezeigt werden kann. 1968 hatte der fast vierjährige völkermörderische Krieg der USA gegen Nordvietnam mit zahlreichen Kriegsverbrechen ihrer GIs an der nordvietnamesischen Zivilbevölkerung bereits über zwei Millionen Einwohner:innen des asiatischen Landes das Leben gekostet, und große Regionen des Landes waren durch Agent Orange vergiftet. Dennoch ließ sich die Regierung in Hanoi auf Verhandlungen mit der US-Administration ein. Nach fünf Jahren führten die Verhandlungen 1973 zu einem Abkommen zur Beendigung des Krieges. Ähnliches gilt für die Verhandlungsbereitschaft der bosnischen Regierung in Sarajevo ab Herbst 1992 mit dem Präsidenten Serbiens Milosevic sowie den bosnisch-serbischen Nationalisten Karadzic und Mladic, obwohl deren Milizen in Bosnien mit Unterstützung aus Serbien bereits Zehntausende Muslime vertrieben, in Konzentrationslager gesperrt, gefoltert und ermordet hatten. Auch diese unter Vermittlung von UNO, EU und den USA geführten Verhandlungen führten erst drei Jahre später zu einem Abkommen, das die Kriege in Bosnien und auch in Kroatien schließlich beendete.

So lange oder gar länger könnte es auch im Fall des Ukraine-Krieges dauern.

Einflussnahme auf die Kriegsparteien

Allerdings: Eine Waffenruhe und nachfolgende Verhandlungen über politische Lösungen für zumindest einige der Konfliktpunkte zwischen Moskau und Kiew wird es erst geben, wenn andere Akteure ihre Einfluss- und Druckmöglichkeiten gegenüber den beiden unmittelbaren Kriegsparteien wahrnehmen.

Im Fall des Aggressors Russland wären das neben China die großen, bevölkerungsreichen Länder des globalen Südens – darunter Indien, Brasilien, Ägypten, Südafrika und Indonesien –, die besonders von den verschärften Ernährungs- und Energiepreiskrisen sowie weiteren negativen Auswirkungen des Krieges betroffen sind. Es wäre höchste Zeit, dass sich die Regierungschefs dieser Staaten gemeinsam mit UNO-Generalsekretär António Guterres nach Moskau begeben und Präsident Putin klarmachen, dass er diesen Krieg schnellstens beenden muss. Die Regierung in Peking hätte die größten Einflussmöglichkeiten auf Moskau, wenn sie die wohlverstandenen längerfristigen Eigeninteressen Chinas in den Vordergrund stellen würde: Funktionierende internationale Handelslieferketten sowie der Erhalt der wichtigsten Absatzmärkte für chinesische Produkte in Nordamerika und Europa sind für den Exportvizeweltmeister viel wichtiger als ein engeres Bündnis mit Russland als Juniorpartner.

Hilfreich für einen Verhandlungsprozess und etwaige Vereinbarungen wäre ein Signal der US-Regierung an Putin, dass sie ihre seit 2008 erhobene Forderung nach einem NATO-Beitritt der Ukraine aufgibt. Selbst wenn Selenskyj zu dieser von ihm noch am 29. März letzten Jahres vertretenen Haltung zurückkehren sollte, muss Moskau diese Zusicherung aus Washington erhalten.

Die Regierung in Kiew wäre erst zu einem Waffenstillstand und Verhandlungen bereit, wenn sich ihre westlichen Unterstützerstaaten auf ein realistisches Kriegsziel für die ukrainischen Verteidigungsstreitkräfte und die dafür erforderlichen Waffen einigen würden. Im besten Fall erreichbar wäre ein militärisches Erschöpfungspatt, das dann tatsächlich zu einer Waffenruhe führt statt zu fortgesetzten verlustreichen Stellungs- und Abnutzungsschlachten wie in Bachmut. Das

Brasiliens Präsident Lula da Silva hat – hier mit Bundeskanzler Olaf Scholz am 30. Januar 2023 in Brasilia – eine Vermittlungsinitiative gemeinsam mit China, Indien, … vorgeschlagen

© Ueslei Marcelino – picture-alliance.com

weitergehende Ziel, Putins Invasionstruppen hinter die Linien vom 24. Februar 2022 zurückzudrängen, ist zwar völkerrechtlich völlig legitim, angesichts der russischen Überlegenheit bei Manpower und vielen Waffensystemen militärisch aber unrealistisch. Das gilt erst recht für die von Präsident Selenskyj offiziell per Dekret festgelegten Kriegsziele, den gesamten Donbas und auch die Krim zurückzuerobern. Solange sich die westlichen Staaten nicht auf ein gemeinsames, vielleicht realistisches Ziel einigen, bestärken sie Selenskyj mit ihren ständig eskalierten Waffenlieferungen in der Illusion, er könne seine Ziele militärisch erreichen.

Hoffentlich gibt es schon Geheimgespräche Bislang gibt es zumindest keine öffentlich wahrnehmbaren Anzeichen dafür, dass die genannten Akteure ihre Einflussmöglichkeiten auf die Regierungen in Moskau und Kiew zur Beendigung des Krieges wahrnehmen. Das Ende Februar von der Regierung in Peking veröffentlichte 12-Punkte-Dokument – »Position Chinas zur politischen Lösung der Ukraine-Krise« – enthält über allgemeine und unterschiedslos an beide Kriegsparteien gerichtete Appelle zur Deeskalation und für einen Waffenstillstand hinaus leider keine konkreten Ansatzpunkte und Vorschläge für Verhandlungen.

Die Regierungen Brasiliens und Indiens machten beim Besuch des deutschen Bundeskanzlers im Februar ihre »neutrale« Position in diesem Krieg in Europa sehr deutlich und erklärten lediglich ihre grundsätzliche Bereitschaft zur »Vermittlung« zwischen Russland und der Ukraine.

Anlässlich des ersten Kriegsjahrestages am 24. Februar bekräftigten Putin und Selenskyj aber auch die NATO, US-Präsident Biden und andere westliche Regierungschefs öffentlich ihre unversöhnlichen Positionen. Bleibt nur zu hoffen, dass hinter den Kulissen längst Gespräche und Verhandlungsinitiativen stattfinden, deren weitere Geheimhaltung eine wesentliche Voraussetzung für ihren Erfolg wäre.

Andreas Zumach
ist freier Journalist und Buchautor. Von 1988 bis 2020 berichtete er vom UN-Sitz in Genf für verschiedene Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten in Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA.

© Dulcey Lima – unsplash.com

Ein Gebet in schwieriger Zeit

Du, GOTT, der die Wahrheit liebt.

Wir tasten uns unsicher an unseren eigenen Ansprüchen entlang.

Wir stolpern über unsere eigene Ohnmacht.

Wir sind immer wieder gefangen in den Widersprüchen unserer Zeit.

Wir fühlen uns zerrissen zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Wir leiden an unserer Ratlosigkeit.

Wir stehen hilflos in den Meinungstrends.

Wir werden schuldig, so oder so.

Lass uns nicht irrewerden.

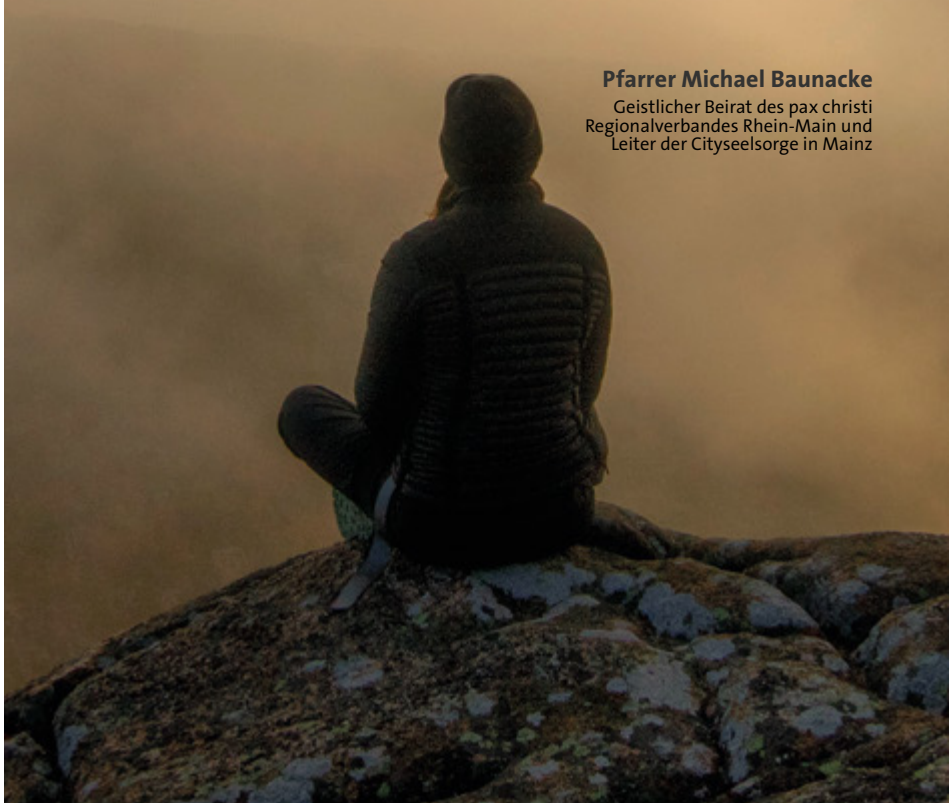
Lass uns dir vertrauen.

Lass uns auf deinem Weg bleiben.

Lass uns dem Leben trauen, weil du es mit uns lebst

nach Alfred Delp SJ

Pfarrer Michael Baunacke
Geistlicher Beirat des pax christi Regionalverbandes Rhein-Main und Leiter der Cityseelsorge in Mainz



Die Sprachlosigkeit überwinden

Bericht vom pax christi-Studientag »Der Ukraine-Krieg und die Frage der Gewaltlosigkeit« am 28. Januar 2023 in St. Gallus in Frankfurt

Blankes Entsetzen war das vorherrschende Gefühl am 24. Februar letzten Jahres, als Putin seine Truppen in die Ukraine einmarschieren ließ. Besonders unter »schon immer« friedensbewegten Menschen, auch in pax christi, war eine Rat- und Sprachlosigkeit deutlich zu spüren: Ist er jetzt doch gekommen, der Zeitpunkt für den »gerechten Krieg«? Ist jeder Satz, in dem das Wort Gewaltfreiheit vorkommt, in dieser Situation nicht zynisch?

Ein Jahr nach Kriegsbeginn kann von einem Wiedererwachen der Friedensbewegung nicht die Rede sein, auch wenn es natürlich längst offizielle Stellungnahmen von diversen Friedensverbänden und kirchlichen Stellen gibt – mit recht begrenzter Aufmerksamkeit in den Medien und der Öffentlichkeit.

»Das Mittel meiner Wahl, dem Krieg im wahrsten Sinnes des Wortes die Mittel zu entziehen, wäre ein Energieboykott gegenüber Russland gewesen. (...) Dieser Schritt hätte großen wirtschaftlichen Einfluss gehabt. (...) Ich war völlig irritiert, dass das nicht umgesetzt wurde, sondern eine langsame Reduktion und Ersatz der Energie aus menschenrechtlich und ökologisch äußerst dubiosen Quellen praktiziert wurde.«

Ute Schäfer, Idstein

Doch wie hilflos sind wir eigentlich wirklich bei pax christi und wie uneinig? Welche Einschätzungen und Standpunkte teilen wir? Finden wir noch eine gemeinsame Sprache und eine gemeinsame Grundlage für Forderungen und Aktionen? Welche Wege aus der Gewalt sehen wir ganz konkret? Das sind drängende Fragen an uns alle, und so war es ohne Zweifel eine gute Idee des Vorstandes von pax christi Rhein-Main, zu einem Studientag nach Frankfurt einzuladen. Etwa 35 Mitglieder und Sympathisant:innen waren gekommen.

In einer Einführung stellte Thomas Wagner mithilfe von an die Wand gepinnten Zetteln die friedensethischen Argumentationslinien dar, die nach dem Beginn des Ukraine-Krieges die Diskussion insbesondere in kirchlichen Kreisen bestimmt haben. In einer dieser Linien liegt das Gewicht auf einer »reponsibility to protect« (UN-Generalversammlung 2005), die, ausgehend von der Not der Opfer bei schweren Menschenrechtsverletzungen, auch die Anwendung militärischer und ziviler Gewalt rechtfertigt. Dieser »Sicherheitslogik« stehen ethische Konzepte gegenüber, die man als »Friedenslogik« bezeichnen kann. Bei diesen lässt sich unterscheiden zwischen einer vom gesinnungsethischen Pazifismus getragenen Haltung, wie sie zum Beispiel in der EKD von Bischof Kramer (Magdeburg) vertreten wird, und einer eher pragmatisch-politischen Argumentation. Die gesinnungsethische Haltung basiert nicht nur auf dem Vorbild Jesu, sondern auch auf der Erkenntnis, dass Krieg nie nachhaltig ist, also auf Dauer regelmäßig sein Ziel verfehlt, weil er ja ein »Mittel« ist, das grundsätzlich dem »Ziel«, nämlich Frieden, entgegensteht. Die pragmatisch-politische Argumentationslinie fordert insbesondere eine klare Analyse und ein Vorgehen nach dem Grundsatz »sehen – urteilen – handeln«. Auf dieser Grundlage wird zum Beispiel die Suche nach multilateralen Lösungen verlangt. Die Stellungnahme des pax christi-Bundesvorstandes vom Mai letzten Jahres entspricht weitgehend diesem friedenspolitischen Ansatz.

Diesem Überblick über friedensethische Konzepte folgten vier kurze persönliche Statements von pax christi-Mitgliedern, in denen ausnahmslos eine große Betroffenheit zum Ausdruck kam. So wurde Entsetzen geäußert über die beängstigend einseitigen Leitmedien, in denen die Dilemmata nicht benannt werden und die Diskussion fast vollständig auf die Frage der Waffenlieferungen verengt wird. Ein anderer beschrieb seine maßlose Enttäuschung über Russland, als einer, der sich jahrzehntelang im Rahmen der Friedensarbeit für die Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion eingesetzt hat, mit vielen Besuchen und Gegenbesuchen: eine Empfindung wie bei einem verletzten Liebhaber.

»Ich habe mit Erschrecken eine Art Verengung in den allgemein zugänglichen Medien erlebt: viel zu wenig Differenzierungen, kaum noch andere Stimmen als das Rufen nach Waffenlieferungen in die Ukraine, fast keine Nachrichten über gewaltfreie Widerstandsformen in der Ukraine, fast keine Aufforderungen zu verstärkten Kraftanstrengungen, wie denn zu einer Beendigung des Kriegführens beigetragen werden kann.«

Gisa Luu, Frankfurt

»Es ist alles schwer zu ertragen – auch schwer zu ertragen ist der Ratschlag: Wehrt euch gewaltfrei. Es darf nicht sein, dass pax christi vor dem unplanmäßig eingetretenen ‚Ernstfall Krieg' zwar richtige Antworten für die Langzeitperspektive gewaltfreier Politik anbietet, vor der konkreten Situation aber die Opferperspektive vernachlässigt.«

Rüdiger Grölz, Königstein

Der Theorieüberblick und die kurzen Statements bildeten dann eine Grundlage für lebendige Diskussionen in vier nach dem Zufallsprinzip zusammengesetzten Kleingruppen. Die anschließende Aussprache im Plenum führte zu Formulierungen von konkreten Forderungen, die fraglos auch Handlungsaufträge für pax christi Rhein-Main darstellen können. Einige davon möchte ich hier aufführen: Kriegsziele und Friedensziele in den Blick nehmen; Aufarbeitung der Konfliktgeschichte; finanzielle Mittel für den eigentlichen Ernstfall, nämlich für gerechten Frieden in der Welt, einfordern; die Einseitigkeit der Berichterstattung öffentlich thematisieren; zivile Kontakte zu russischen und ukrainischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Kommunen suchen beziehungsweise stärken und Begegnungen ermöglichen; Kirchengemeinden und Volkshochschulen aktivieren, um Gespräche über Friedenswege zu ermöglichen; mit den lokalen Bundestagsabgeordneten ins Gespräch kommen. Am Ende der Veranstaltung war allen Teilnehmer:innen klar: Wir brauchen zum Ukraine-Krieg noch mehr Information und auch Diskussionen, sowohl für uns selbst als auch für unseren weiteren friedenspolitischen Einsatz. Entsprechende Veranstaltungen sollten deshalb vom Vorstand geplant und angeboten werden (pax christi-Studientag am 24. 6. 2023; siehe S. 12).

Aber auch klare Forderungen wurden benannt, wie die nach der Unterstützung von gewaltfrei agierenden Gruppen in der Ukraine oder die Aufnahme von ukrainischen und russischen Deserteuren. Warum wurde der Gas- und Ölimport aus Russland nicht sofort gestoppt, anstatt noch längere Zeit Milliarden von Euro an den Kreml zu überweisen?

»Der Krieg gegen die Ukraine führt bei mir zu einer fortlaufenden Überprüfung meiner Haltungen und Einschätzungen – auch solcher, die ich immer für unverrückbar hielt. Er verstärkt meine schon länger bestehende Tendenz, skeptisch auch mit meinen Haltungen und Wahrheiten umzugehen und diese immer wieder an der Wirklichkeit überprüfen zu wollen. (...) Stumpfen wir nicht gegenüber dem Leid der Menschen ab – aber auch: Widerstehen wir dem Sog des Mainstreams, nur noch alles militärisch lösen zu wollen.«

Thomas Meinhardt, Idstein

Zum Schluss noch ein persönlicher Eindruck: Unterschiedliche Standpunkte, insbesondere zu Waffenlieferungen an die Ukraine, gibt es selbstverständlich auch innerhalb von pax christi – ja oder nein oder falls doch, welche Art von Waffen? –, und die Unterschiede wurden auf dem Studientag nicht unter den Teppich gekehrt. Dennoch dominierte für mich eindeutig das Erleben der Gemeinsamkeit und der gemeinsamen Grundhaltung: Alle teilten das Entsetzen über den Krieg und die Empörung über den Angreifer. Jeder und jede sah die ethischen Dilemmata, mit denen jedwede Entscheidung – ob für oder gegen militärische Gewalt beziehungsweise Waffenlieferungen – verbunden ist. Alle sahen aber auch, dass die einseitige Kriegslogik, die in der Politik und den Medien derzeit dominiert, dringend einer Korrektur bedarf. Umgekehrt und positiv ausgedrückt: dass es viele Ansätze für ein Friedenshandeln gibt, die ein borniertes Denken in den Kategorien von »Sieg« oder »Niederlage« überwinden helfen und die zu einer sowohl dauerhaften als auch gerechten Lösung des Konfliktes beitragen können. Und: Es gibt mehr als genug für uns zu tun.

Wieso wurden die geopolitischen Interessen der verschiedenen Akteure nicht öffentlich diskutiert, so als gäbe es sie nicht? Wo bleibt in Deutschland und Europa eine politische Debatte über die Ziele der militärischen Hilfe und die dafür geeigneten Waffensysteme, damit die Tragfähigkeit der jeweiligen Entscheidungen beurteilt werden kann? Und schließlich: Wer plant eigentlich, wie eine neue nachhaltige europäische Friedensordnung aussehen könnte und was auf diesem Weg hilfreich und was schädlich ist?

Bernd Epe
Prof. em., pax christi- und Redaktionsmitglied

© Studio Groelz

Erinnerungen aus der Gegenwart

Der Abschied von Zeitzeug:innen als Impuls für neue Formen der Erinnerungs- und Friedensarbeit

Besuch der Zeitzeug:innen Alodia Witaszek (rechts unten) und Mieczyslaw Grochowski (Mitte unten) in einer Schule in der Wetterau

Die Arbeit mit Zeitzeug:innen als Überlebenden der NS-Diktatur und des Holocausts ist ein Akt des Gedenkens und der Versöhnung. Sie rückt die Herstellung der Würde der Opfer in den Vordergrund und ist mit einer Mahnung an die Gegenwart verbunden, willkürlicher Gewalt und schwersten Menschenrechtsverletzungen entschieden entgegenzutreten. In diesem Sinne ist die Arbeit mit Zeitzeug:innen auch als Akt solidarischen Handelns und als demokratischer Bildungsprozess zu verstehen. Gerade in der Schul- und Erwachsenenbildung zeigt sich dies deutlich, insofern Empathie und Solidarität, Respekt für Menschenrechte und Demokratie, die Immunisierung gegen rechtsextreme Positionen sowie Zivilcourage prominent als Ziele dieser Arbeit betont werden. Dass diese Arbeit äußerst fruchtbar ist, zeigt das langjährige Engagement in den Bistümern Mainz und Limburg, welches von pax christi Rhein-Main unterstützt wird. Eine Übersicht zur Arbeit mit Zeitzeug:innen und nähere Informationen zu den einzelnen Projekten sind auf unserer Website einsehbar.

Mit Blick auf das fortgeschrittene Alter und das »Verschwinden« der Zeitzeug:innen steht allerdings nicht nur die Erinnerungs- und Gedenkkultur vor neuen Herausforderungen, sondern intensivieren sich auch Fragen nach der Zukunft der Erinnerung und daran gekoppelten Bemühungen der Demokratieförderung. In jüngster Zeit nehmen daher Veranstaltungen zu, die sich der Frage widmen, welche Ansätze und Formate sich zur Bewahrung der Geschichten und Zeugnisse von Überlebenden der NS-Diktatur und des Holocausts eignen – beispielsweise durch Zweit-Zeug:innen und/oder die Digitalisierung von Zeugnissen. Diese Frage steht auch im Mittelpunkt der von pax christi Rhein-Main organisierten Zukunftswerkstatt am 7. Oktober 2023. Diese findet im Erbacher Hof in Mainz statt und wird zu gegebener Zeit noch einmal gesondert beworben.

Während Bemühungen um die Bewahrung von Erinnerung der Zeug:innen der NS-Diktatur und des Holocausts dringlich und vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte unerlässlich sind, bedarf es aus meiner Sicht auch einer Weiterentwicklung der bisherigen Arbeit mit Zeitzeug:innen. Diese Weiterentwicklung verstehe ich einerseits als Erweiterung der Zeugnisse und Berichte zur NS-Diktatur, um beispielsweise auch Erfahrungen aus anderen gewaltsamen Kontexten und/oder diktatorischen Regimen zu integrieren. Andererseits verstehe ich dies im Sinne einer Ergänzung durch »Erinnerungen aus der Gegenwart« in Deutschland. Konkret plädiere ich dafür, die Erfahrungen und Erzählungen von Überlebenden rassistisch motivierter Gewalt und von deren Angehörigen ins Zentrum zu rücken.

Ein Instrument der Demokratieförderung

Diese »Erinnerungen aus der Gegenwart« eignen sich als sinnvolle Weiterentwicklung der bisherigen Arbeit mit Zeitzeug:innen in Deutschland. Dabei dienen das Zuhören und der Austausch über Erfahrungen von rassistisch motivierter Gewalt ebenfalls der Trauerbewältigung aufseiten der Familien sowie der Versöhnung zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft. Zudem gehe ich davon aus, dass sich durch die Hinwendung zu diesen Berichten und die Thematisierung von rechter Gewalt sowie menschenverachtenden Ideologien das Potenzial dieser Arbeit als Instrument der Demokratieförderung im Besonderen entfalten kann. Dies ergibt sich aus der direkten und emotionalen Erfahrbarmachung von Rassismus, Ausgrenzung und Rechtsextremismus sowie deren Folgen in unserer heutigen Gesellschaft.

Eine Hinwendung zu den Geschichten von Überlebenden rassistisch motivierter Gewalt und von deren Angehörigen ist dabei nicht nur aufgrund des zunehmenden Rechtspopulismus in Deutschland geboten. Vielmehr kann diese als Ableitung aus den Erinnerungen von Überlebenden der NS-Diktatur und des Holocausts verstanden werden, die ihr Engagement stets als Mahnung für die Gegenwart unterstreichen.

Hinsichtlich der vielen rassistisch motivierten Gewalttaten seit 1990 gäbe es eine Vielzahl an Berichten, die für eine Arbeit mit »Erinnerungen aus der Gegenwart« infrage kommen. Für pax christi Rhein-Main sollten aufgrund der regionalen Nähe Geschichten der Überlebenden und Opferangehörigen der Morde in Hanau am 19. Februar 2020 im Vordergrund stehen. Die Überlebenden und Angehörigen sind selbst aktiv (www.19feb-hanau.org/) und betonen fortwährend die

© Grazyna Muehl

Wichtigkeit, Orte des Sprechens über rassistische Gewalterfahrungen und der kritischen Auseinandersetzung damit zu schaffen. Daran sollten friedenspolitische Initiativen anknüpfen und gemeinsam mit den Betroffenen Räume in Schulen und Gemeinden schaffen, die es ermöglichen, das Wissen dieser Hauptzeug:innen zur antirassistischen und demokratischen Sensibilisierung und Erwachsenenbildung nutzbar zu machen. Ich hoffe, dies mit Ihnen und Euch in meiner Rolle als Friedensreferentin bei pax christi Rhein-Main in diesem Jahr vorantreiben zu können.

Andra Avram
Friedensreferentin beim pax christi Regionalverband Limburg-Mainz

Chor bei der Gedenkveranstaltung eines Bündnisses von Initiativen und Organisationen am 19. Februar 2023 auf dem Oranienplatz in Hanau

Von der Forschung zur Praxis

Die neue Friedensreferentin Andra Avram

Seit November 2022 ist sie als neue Friedensreferentin bei pax christi Rhein-Main tätig: Andra Avram. Neu, aber kein Neuling in Sachen Friedensfragen und Konfliktforschung. Diese Themen haben sie schon in ihrem Studium beschäftigt: erst Kommunikationswissenschaften und Romanistik in Erfurt und Madrid, dann Friedens- und Konfliktforschung in Marburg und Haifa. Hiernach intensivierte sie die Arbeit zu Friedensthemen als wissenschaftliche Mitarbeiterin an entsprechenden Instituten.

Dabei hat sie nicht nur internationale Konflikte im Blick, sondern gerade auch solche innerhalb einer Gesellschaft. Wichtig ist ihr, dass auch da – wie bei der klassischen Zeitzeugenforschung zur NS-Zeit – Betroffene selbst zu Wort kommen.

Das gilt nicht zuletzt bei rechtsradikalen Gewalttaten wie dem Anschlag in Hanau vor drei Jahren, bei dem neun Menschen aus rassistischen Gründen von einem einzigen fanatischen Täter getötet wurden. Deren Angehörige beklagen bis heute, dass ihre Stimme bei der Aufarbeitung der Tat gerade von amtlichen Stellen nicht ausreichend gehört wird. Es sei, so Frau Avram, aber wesentlich, genau die zu hören, um etwa auch Jugendlichen diese Betroffenheit spürbar und erfahrbar zu machen. »Das ist ein Instrument, Demokratie und Menschenrechte Jugendlichen nahezubringen, auch emotional.« Eine solche aktuelle Erweiterung der klassischen Zeitzeugenarbeit möchte Andra Avram auch bei pax christi mehr ins Spiel bringen. Denn, so betont sie: »Erinnern heißt verändern.« Das ist ein Slogan, Motto der »Initiative 19. Februar« (Organisation der Angehörigen der Opfer der rassistischen Morde am 19. 2. 2019 in Hanau) und anderer Gruppen, die sich für die Erinnerung an rassistisch motivierte Gewalt einsetzen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist für sie das Problem der Rüstungsexporte. Verbal distanzieren sich viele, aber bisher habe es die Politik nicht erreicht, Rüstungsexporte tatsächlich strenger zu überprüfen und wirksam einzudämmen. Es gehe um erweiterte rechtliche Möglichkeiten, auch vonseiten gesellschaftlicher Gruppen und Initiativen Exportgenehmigungen überprüfen lassen zu können, etwa durch ein Verbandsklagerecht. Dafür hofft sie auch in der Arbeit von pax christi aktiv sein zu können, zumal das Thema bei pax christi in der Rhein-Main-Region ja schon seit Ende der 1970er Jahre die Friedensarbeit stark prägt.

Relativ neu ist es hingegen, auch »Klimagerechtigkeit« nicht nur als wichtig, sondern als Friedensthema zu begreifen. Die Erderwärmung mache gerade in südlichen Teilen der Welt die Landwirtschaft und damit den Lebensunterhalt vieler kaputt, verschärfe Hungersnöte und löse damit auch bewaffnete Konflikte und Verteilungskämpfe aus. »Vieles, was wir als religiöse Konflikte sehen, ist letztlich ein Kampf um den Zugang zu Ressourcen.« Andra Avram hat das während eines Lehrauftrags in Nigeria aus der Nähe mitbekommen. Umso wichtiger sei es, auch Friedensbewegten die Brisanz der Klimafrage nahezubringen. In der Forschung hat sich die neue Friedensreferentin schon intensiv mit diesen Problemen befasst; in der Arbeit bei pax christi steht jetzt der Praxistransfer an. Wie lassen sich diese Themen in machbare Projekte und Aufgaben für kleine Gruppen und Initiativen umsetzen? Das ist letztlich das Ziel der umfangreichen organisatorischen Tätigkeit, von Veranstaltungsplanung bis zur Erstellung der Newsletter, und der vielen Gesprächen mit Gruppen und Einzelnen. Diese »Kleinarbeit« steht jetzt für Andra Avram an, zum Glück jetzt nicht mehr allein: Seit März 2023 ist mit Joke Ann Schwank eine zweite Friedensreferentin hinzugekommen. Wir freuen uns auf die Ideen, neue Blickwinkel und die tatkräftige Unterstützung für unsere Friedensarbeit durch die beiden neuen Friedensreferentinnen.

Lutz Lemhöfer
Theologe, pax christi- und Redaktionsmitglied

© Annette Riedl – picture-alliance.com

Rüstungsexportkontrollgesetz

Licht und Schatten

Es war eine der zentralen Forderungen von pax christi und der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel« im letzten Bundestagswahlkampf: ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz in den Bundestag einzubringen, das die deutschen Waffenexporte gesetzlich regelt und damit auch gerichtlich überprüfbar macht. Und es gab nach Jahrzehnten des Engagements gegen Rüstungsexporte endlich einen grundlegenden Fortschritt, als sich die Parteien der »Ampel« im Koalitionsvertrag erstmals auf das Einbringen eines solchen Kontrollgesetzes verpflichteten. Seit einigen Monaten liegt nach einem recht breiten Konsultationsprozess nun ein »Eckpunktepapier« des federführenden Bundeswirtschaftsministeriums vor. Dieses unter der Leitung von Staatssekretär Sven Giegold erarbeitete Papier befindet sich derzeit im Abstimmungsprozess mit den anderen Ministerien und soll danach in den parlamentarischen Prozess eingespeist werden. Holger Rothbauer, Rechtsanwalt aus Tübingen und ehemaliger Vorsitzender der »Rüstungsexportkommission« von pax christi, hat im Auftrag der Aktion Aufschrei erfolgreich Prozesse gegen Rüstungsfirmen wie Heckler & Koch oder Sig Sauer wegen illegaler Rüstungsexporte geführt. Thomas Meinhardt befragte ihn nach seiner Einschätzung der jetzt vorliegenden Eckpunkte.

Holger Rothbauer ist Rechtsanwalt, Aachener-, Göttinger-, und Stuttgarter-Friedenspreisträger

Holger, die neue Bundesregierung ist jetzt knapp 15 Monate im Amt. Gibt es positive Veränderungen der Rüstungsexportpraxis und bei den Genehmigungen in diesem Zeitraum? Wie beurteilst du die Situation in diesem Politikfeld?

Wenn die neue Bundesregierung eine restriktive Rüstungsexportpolitik betreiben wollte, so ist sie aus meiner Sicht bislang gescheitert. Das Jahr 2022, das erste Jahr der Ampelkoalition mit dem von ihr erstellten Rüstungsexportbericht zeigt: Selbst wenn die Rüstungslieferung an die Ukraine mit einem Umfang von immerhin drei Milliarden Euro unberücksichtigt bleiben, so beträgt das verbleibende Rüstungsexportvolumen immer noch über sechs Milliarden Euro – der fünfthöchste Exportwert in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die Exportgenehmigungen in Drittstaaten sind zwar gesunken, auch die Genehmigungen von Kleinwaffenexporten in »Drittstaaten« sind etwas geringer geworden, bleiben aber noch weit entfernt von einem grundsätzlichen Nein zu Rüstungslieferungen in sogenannte Drittstaaten (Staaten außerhalb von NATO und EU bzw. denen gleichgestellte Länder, d. Red).

Der Entwurf für ein Rüstungsexportkontrollgesetz befindet sich gerade in der Ressortabstimmung. Kannst du uns eine erste Beurteilung der positiven und negativen Aspekte geben?

Zuerst muss ich erwähnen, dass unsere Anstrengungen in den verschiedenen Kampagnen gegen Rüstungsexporte und bei pax christi über die letzten 40 Jahre wirklich zu einem großen Erfolg geführt haben: Im Koalitionsvertrag ist ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz verankert, dass ausgerichtet an der Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts eine restriktive Rüstungsexportpolitik garantieren soll. Dies ist deshalb ein Riesenerfolg, weil sich nunmehr die Exekutive bei ihren Genehmigungsentscheidungen mit einem Gesetz und nicht nur mit irgendwelchen halb verbindlichen Vorschriften konfrontiert sieht. Damit ist eine Überprüfbarkeit anhand höchster rechtlicher Grundlagen, nämlich von Gesetzen, möglich. Das »Eckpunktepapier« des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz vom 14. Oktober 2022 umfasst 15 Eckpunkte, die in vielerlei Hinsicht in eine gute Richtung gehen: Korruptionsbekämpfung, eine bessere Endverbleibkontrolle, die Möglichkeit auf Schadensersatz zu klagen und in Strafverfahren als Nebenkläger:in beteiligt zu sein.

Zentral wäre ein Verbandsklagerecht

Sehr problematisch ist allerdings, dass die Vetomöglichkeiten wegen Nichteinhaltung von deutschen Exportkriterien bei gemeinsamen EU- oder zwischenstaatlichen Rüstungsprojekten deutlich reduziert werden. Ebenso unerfreulich ist es – und einem demokratischen Rechtsstaat nicht angemessen –, dass die Öffentlichkeit keine Informationsrechte vor Genehmigung eines Rüstungsexportvorhabens hat und zivilgesellschaftlichen Organisationen die Möglichkeit genommen wird, mithilfe eines Verbandsklagerechts die Entscheidungen der Regierung bei Rüstungsexportgenehmigungen gerichtlich überprüfen zu lassen.

Derzeit – Ende März 2023 – verzögert sich die Abstimmung zu den Eckpunkten innerhalb der Regierung weiterhin, weil vom Außen- und vom Verteidigungsministerium noch die Stellungnahmen fehlen und sich bei vielen Punkten keine Einigung abzeichnet. Somit ist noch nicht einmal klar, ob der Gesetzentwurf noch bis Herbst 2023 dem

© Ulrich Metz

Waffengegner:innen halten im Mai Fotos von 43 Studierenden, die 2014 in Mexiko entführt und mutmaßlich durch Waffen vom Hersteller Heckler & Koch ermordet wurden. Am Landgericht Stuttgart fand der Prozess gegen sechs ehemalige Mitarbeiter:innen der Waffenfirma Heckler & Koch statt. Dabei ging es um Verstöße gegen das Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz durch Lieferungen von mehreren tausend G36-Sturmgewehren und Zubehörteilen nach Mexiko.

Bundestag vorgelegt wird – ursprünglicher Plan war Herbst 2022.

Die »Aktion Aufschrei« kritisiert vor allem das Fehlen eines Verbandsklagerechtes in diesem Entwurf. Warum ist das Verbandsklagerecht von so großer Bedeutung für ein Rüstungsexportkontrollgesetz?

In einem fortschrittlichen, demokratischen Rechtsstaat, so wie sich Deutschland in Artikel 20 des Grundgesetzes definiert, ist es Standard, dass die Ausführung eines Gesetzes – insbesondere in einem zentralen und sensiblen Politikbereich mit Auswirkungen auf Krieg und Frieden – gerichtlich überprüft werden kann. Wo jedoch nicht geklagt werden kann, gibt es auch keine Richter:innen, die dann darüber entscheiden können, ob die Exekutive die Gesetze richtig beziehungsweise überhaupt angewendet hat. Das Verbandsklagerecht, wie es auch in Deutschland zum Beispiel im Naturschutzrecht oder im Schwerbehindertenrecht seit vielen Jahren Praxis ist – übrigens mit sehr guten Gesamtergebnissen –, ist beim Rüstungsexportkontrollgesetz der zentrale Baustein. Es ist eine wesentliche Bedingung, damit dieses Gesetz Wirksamkeit entfalten kann, in einem Bereich, bei dem es immerhin um tausendfachen Tod und Verletzung geht.

Ohne ein qualifiziertes Verbandsklagerecht spricht viel dafür, dass eine restriktive Rüstungsexportgenehmigungspolitik, die ja seit Jahrzehnten von allen demokratischen Parteien gefordert wird, weiterhin nicht Realität wird, und das Gesetz droht zum Papiertiger zu werden.

Vetorecht bei Gemeinschaftsprojekten

Die Bundesregierung forciert ganz augenscheinlich eine deutliche Ausweitung gemeinsamer europäischer Rüstungsprojekte. Gleichzeitig wird hier vorsorglich betont, dass bei gemeinsamen Projekten Deutschland den Partnern keine Exportrestriktionen auferlegen könne, weil gemeinsame Rüstungsprojekte sonst nicht zustande kämen. Welche Rolle spielt vor diesem Hintergrund noch ein deutsches Rüstungsexportkontrollgesetz, wenn zukünftig zumindest bei gemeinsam produzierten Großprojekten die deutschen Regelungen zum Export keine Rolle mehr spielen?

Im Punkt zwölf des »Eckpunktepapiers« für ein Rüstungsexportkontrollgesetz erhält in der Tat die europäische Kooperation bei der Rüstungsproduktion ein sehr hohes Gewicht. Vereinbarungen über einzelne Rüstungsprojekte sollen als völkerrechtliche Verträge Vorrang vor den deutschen Exportregelungen eingeräumt werden. Nur in besonderen Fällen, wenn die Rüstungskooperationspartner sich beim Export uneinig sind, soll ein paritätisch besetzter Ausschuss angerufen werden, der dann mit Mehrheit entscheidet. Dies ist aber gleichzusetzen mit der Aufgabe der bisherigen Vetorechte bei Exporten, da beispielsweise Frankreich bei Exporten in afrikanische Staaten völlig andere Kriterien anwendet als Deutschland. In den Eckpunkten wird auch klargestellt, dass europäisches Recht und Völkerrecht bei den Rüstungskooperationsverträgen inklusive des Exportes dieser Rüstungsgüter absoluten Vorrang vor deutschen Gesetzen haben. Damit wird für diesen Bereich, der wegen der zunehmenden Kooperationen ein sehr großer werden dürfte, das nationale deutsche Recht mit einem Rüstungsexportkontrollgesetz ausgehebelt.

Aus meiner Sicht ist neben der Versagung des Verbandsklagerechtes dieser Eckpunkt mit dem Vorrang der europäischen Kooperation auch im Export der weitaus größte Schwachpunkt dieses neuen Gesetzesvorhabens. Es wird niemand glauben, dass solche Ausschüsse jemals die deutschen Kriterien zu einer Versagung eines Exportes favorisieren werden. Gleichzeitig wird beispielsweise Frankreich einer europäischen Rüstungsexportverordnung mit ähnlichen Restriktionen wie in einem nationalen deutschen Rüstungsexportkontrollgesetz in absehbarer Zeit kaum zustimmen.

Sonderfall Ukraine als »Schleusenöffner«

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat ja mittlerweile zu umfangreichen deutschen Waffenexporten geführt und auch zu einer Veränderung der öffentlichen Meinung bezüglich der Haltung zu Rüstungsexporten. Welche Auswirkungen wird nach deiner Einschätzung der »Sonderfall« Ukraine auf die Formulierung des Gesetzes haben?

Die Bundesregierung hat – Stand Mitte März 2023 – Rüstungsgüter und Kriegswaffen im Volumen von knapp vier Milliarden Euro an die Ukraine geliefert. Formal müssen diese Genehmigungen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz genehmigt werden. Die Lieferungen an die Ukraine sind jedoch ein völlig anderer Fall als beispielsweise die rein gewerblichen Lieferungen von Rheinmetall und anderen deutschen Rüstungsunternehmen an die Jemen-Kriegsallianz. Lieferungen nach Art. 51 der UN-Charta sind Sondergenehmigungen auch nach dem deutschen Außenwirtschaftsrecht und dürfen keinesfalls in die gleiche Kategorie der ansonsten gewerblichen Rüstungsexporte der Rüstungsindustrie gezählt werden. Natürlich sind es Rüstungsexporte, aber in einem völlig anderen Kontext.

Gefühlt nutzt natürlich die Rüstungsindustrie in den Konsultationsverhandlungen zu einem Rüstungsexportkontrollgesetz die Lieferungen an die Ukraine quasi als »Heilsbringer« für die deutsche Rüstungsindustrie und die Ausweitung von Rüstungsexporten aus. Die Industrie versucht, hieraus Kapital zu schlagen, dass solche »guten Waffenex-

© Sina Schuldt – picture-alliance.com

Ein Huthi-Rebell untersucht im November 2017 in Sanaa im Jemen die Einschlagstelle einer Rakete, die von einem Tornado-Typhoon (mit deutscher Beteiligung produziert) der saudi-arabischen Luftwaffe abgefeuert wurde

porte« ja auch für andere Länder gelten könnten. Und tatsächlich sind auch einige weitere Länder in den Eckpunkten als den NATO-Mitgliedern gleichgestellte Staaten vorgesehen, in die dann auch problemlos exportiert werden könnte. Leider gehen viele Politiker:innen diesem Argumentationstrick der Rüstungsindustrie auf den Leim. Sie vergessen dabei, dass eine Firma wie Rheinmetall zuerst Russland mit einem der größten weltweiten Gefechtszentren für über 120 Millionen Euro bis 2014 ausgestattet hat, dann nach der Krim-Annexion durch Russland die Genehmigung widerrufen wurde. Hiergegen klagt Rheinmetall bis heute vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt und dem Landgericht Frankfurt gegen die Bundesrepublik Deutschland auf Entschädigung. Jetzt hat Rheinmetall verkündet, auf der anderen Kriegsseite, der Ukraine, eine Panzerfabrik bauen zu wollen. Also nach guter deutscher Tradition: am besten auf beiden Seiten eines Krieges Geld am Blut der Soldaten und Zivilbevölkerung verdienen!

Die Waffenlieferungen an die Ukraine machen eine restriktive Formulierung des Rüstungsexportkontrollgesetzes in der Tat sehr schwer, obwohl völlig unterschiedliche Sachverhalte geregelt werden sollen.

Erinnern wir Abgeordnete an ihre Verantwortung!

Auf welche Punkte im Rüstungsexportkontrollgesetz sollte sich die Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel« und speziell auch pax christi jetzt konzentrieren, um noch ein möglichst effizientes und restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz zu erreichen?

Die absolut zentralen Themen für ein wirklich restriktives Gesetz sind die beiden von mir bereits erwähnten Punkte des Verbandsklagerechtes und der Regulierung der Exporte bei europäischen und zwischenstaatlichen Rüstungskooperationen. »Aktion Aufschrei« und pax christi haben wie viele andere Organisationen in unserem Bündnis gegen Rüstungsexporte die Möglichkeit, in jedem einzelnen Wahlkreis die dort gewählten Abgeordneten des Bundestages mit dem aus der Exekutive – eben nicht aus der Legislative – stammenden Gesetzesvorschlag zu konfrontieren. In öffentlichen Diskussionen sollte ihnen verdeutlicht werden, dass Rüstungsexportskandale wie die Lieferungen in den Jemen-Krieg und die G-36-Lieferungen nach Mexiko (mit denen gewaltfrei protestierende Studierende ermordet wurden) dann in der Verantwortung der Abgeordneten liegen. Nicht weil sie die Genehmigungen ausgesprochen haben, sondern weil sie ein schlechtes Gesetz verabschiedet haben. In diesen Diskussionen muss allen Abgeordneten eingeschärft werden, welche Verantwortung sie im Gesetzgebungsprozess, der vermutlich Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres beginnt, haben, und wie wichtig die Umsetzung unserer Forderungen wie Verbandsklagegerecht und europäische Restriktionen ist. Immerhin geht es um Tausende von Menschenleben.

Wenn wir mit sehr vielen und kreativen Aktionen die beantragten Anhörungen im Deutschen Bundestag, die Ausschusssitzungen und dann die Lesungen im Bundestag mit starker Stimme öffentlich und medial begleiten, verstehen die Abgeordneten hoffentlich, wie wichtig ihr Tun für ein gutes und scharfes Gesetz gegen den Waffenhandel ist.

Mo, 26. 6., 19.30 Uhr, online

Podiumsdiskussion: Rüstungsexportkontrollgesetz: Licht und Schatten

Teilnehmende: Sven Giegold (Staatssekretär BMWI), Dr. Holger Rothbauer (Rechtsanwalt pax christi), Ralf Stegner MdB/SPD (angefragt), Dr. Simone Wisotzki (HSFK)

Infos: **pax christi-Büro Bad Homburg**

Anmeldung: **untsch@zentrum-oekumene.de**

© Hani Al Ansi – picture-alliance.com

Trauer um Dr. Marie-Luise Buchwald

Am 25. März 2023 verstarb die langjährige Vorsitzende des früheren pax christi-Diözesanverbandes Mainz, Dr. Marie-Luise Buchwald, im Alter von 85 Jahren.

»Marlies«, 1937 in Berlin geboren, beschrieb in einem Zeitungsbeitrag (»Allgemeine Zeitung«,Mainz, 20. 11. 2020) die für sie sehr prägende Erfahrung der schweren Luftangriffe auf Berlin im Winter 1942/43: »Ich habe damals mein Urvertrauen verloren – das Vertrauen eines Kindes, dass die Erwachsenen es beschützen. Das hat mir aber nicht geschadet, sondern mich gestärkt. Davon bin ich überzeugt.«

Marlies Buchwald engagierte sich zeit ihres Lebens ehrenamtlich als SPD-Mitglied in der Kommunalpolitik, im Pfarrgemeinderat Nieder-Olm, in der Diözesanversammlung im Bistum Mainz. 1984 wurde sie in den Vorstand des pax christi-Diözesanverbandes Mainz gewählt und war von 1986 bis 2016 Co-Vorsitzende neben Clemens Ronnefeldt und später Bartho Forchner-Thöne. Schwerpunkte ihrer Tätigkeit bei pax christi waren zum einen das Engagement gegen die Stationierung der Cruise-Missiles im Hunsrück und die damit einhergehende weitere Aufrüstung, zum anderen der Einsatz für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts. Sie unternahm etliche Reisen nach Israel und Palästina, um die Versöhnungsarbeit vor Ort zu unterstützen. Marlies engagierte sich vielfältig in der Hilfe für geflüchtete Menschen, stritt gegen deutsche Rüstungsexporte (u. a. in der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenexport!«) und für den Aufbau ziviler Friedensdienste. Auch den Besuch polnischer Zeitzeug:innen im Bistum hat sie in den Anfangsjahren mit vorbereitet und intensiv begleitet. Der pax christi-Regionalverband Limburg-Mainz trauert um eine kämpferische, mutige und selbstlose Frau.

Nicht von Hass bestimmen lassen

pax christi-Gottesdienst zum Weltfriedenstag mit Bischof Peter Kohlgraf

»Vielleicht ist es ein Akt der Freiheit zu sagen: Wir lassen uns nicht von Hass bestimmen«, sagte der Mainzer Bischof Peter Kohlgraf in seiner Predigt anlässlich des Weltfriedenstages und des 75-jährigen Jubiläums von Pax-Christi-International am 15. Januar in Worms.

»Wir werden euch nie vergeben!« Mit dieser Aussage begann Bischof Kohlgraf in der voll besetzten Dominikanerkirche seine Predigt. Dieser Satz sei in letzter Zeit von Menschen aus der Ukraine zu lesen, sagte Kohlgraf. »Natürlich gibt es keinen Anspruch auf Vergebung angesichts unbeschreiblicher Kriegsverbrechen, besonders gegen die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur eines Landes. Und dennoch lässt mich eine solche Aussage erschaudern«, räumte er ein. Denn: »Wie soll dann die Welt in den nächsten Jahrzehnten gestaltet werden, wie kann es eine Zukunft geben?«

Bischof Kohlgraf erinnerte daran, dass es noch weitere Kriegsherde gebe. »An viele haben wir uns gewöhnt.« Überall auf der Welt könne das Motto gelten »Wir werden euch nie vergeben«. Jedoch, bei allem Verständnis, sagte Kohlgraf: »Ein Erschaudern bleibt.«

Kohlgraf betonte, vom Evangelium her sei dauerhafter Frieden »immer eine Folge von Gerechtigkeit«. Vergebung bedeute nicht, den Mantel des Schweigens über Verbrechen zu decken, sondern Gerechtigkeit herzustellen. »Vergebung heißt nicht Vertuschung oder Ignoranz.« Gleichzeitig nannte er Beispiele für die Kraft der Vergebung – etwa die der Opfer der Apartheid in Südafrika. »Vergebung zu schenken, stellt Desmond Tutu als Ausdruck höchster Freiheit und menschlicher Stärke dar.« Dabei könne man Vergebung nicht einfordern. Es gebe auch Menschen, die noch nicht oder gar nicht vergeben könnten. »Christliche Verkündigung wäre hier schlecht beraten, Vergebung aufgrund moralischen Drucks oder aus einer bestimmten Frömmigkeitshaltung heraus zu fordern«, sagte Kohlgraf. Vielmehr sei der Verzicht auf Rache und Hass »ein starker Schritt in eine versöhnte Zukunft«.

»Es wird auch in Zukunft Menschen brauchen, die sich nicht durch Rache und Hass bestimmen lassen, sondern durch das Bemühen um Gerechtigkeit und Versöhnung«, schloss Bischof Kohlgraf seine Predigt. Dieser Gottesdienst zum Weltfriedenstag, der von der pax christi-Gruppe Worms vorbereitet wurde, war ein eindrückliches, nachdenkliches und ermutigendes Signal, nicht in kollektive Depression angesichts der Weltlage zu verfallen, sondern gerade jetzt für Frieden und Gerechtigkeit einzutreten.

Unten © Bistum Mainz

Termine

Weitere Termine und Informationen finden sich jeweils aktuell unter: www.pax-christi.de

April

So, 23.4., 15.00 Uhr, Idstein
Salongespräch: Klima – Widerstand – Alltag
Ute Schäfer und Thomas Meinhardt sprechen **mit der Theologin und Klimaktivistin Julia Lis** (Institut für Theologie und Politik in Münster) über Formen des Klimawiderstands, politische Strategie und ihre persönliche Motivation als Christin. Zu diesem Salongespräch an einem Sonntagnachmittag laden wir auch zu Kaffee, Kuchen, Tee und Wasser ein.
Anmeldung: rhein-main@pax-christi.de
Ort: Kulturbahnhof Idstein (größere Ausschnitte der Veranstaltung werden auch online abrufbar sein), musikalische Begleitung: Duo Phantomherz

Di, 25.4., 19.00 Uhr, Ingelheim
Zeitzeugengespräch mit Dr. Leon Weintraub
Dr. Leon Weintraub, geb. 1926, ist Überlebender des Ghettos Litzmannstadt und der Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, Groß-Rosen, Flossenbürg und Natzweiler-Struthof.
Ort: Weiterbildungszentrum Ingelheim, Fridtjof-Nansen-Platz 3 – Saal 101
Info: pax christi-Büro Bad Homburg

Mi, 26.4., 18.00 Uhr, Mainz
Zeitzeugengespräch mir Henriette Kretz
Henriette Kuntz wurde 1934 in einer jüdischen Familie in Polen geboren. Sie konnte sich nach dem Tod ihrer Eltern in einem Waisenhaus verstecken und überlebte die Zeit des NS-Terrors.
Ort: Johannes-Gutenberg-Universität, Hörsaal N3, Johann-Joachim-Becher Weg 21, Mainz.
Infos: pax christi-Büro Bad Homburg

Do, 27.4., 15.30 Uhr, Kloster Jakobsberg
»Fragt uns, wir sind die Letzten …«
Anlässlich von 50 Jahren Maximilian-Kolbe-Werk soll die Zukunft der Erinnerungsarbeit in den Blick genommen werden.
Ort: Bildungsstätte Kloster Jakobsberg, 55437 Ockenheim. Infos und Anmeldung: Geschäftsstelle Gerechtigkeit und Frieden, frieden@bistum-mainz.de; 0 61 31 2 53-2 63

So, 30.4. 17.30 Uhr, Idstein
Monatlicher pax christi-Gottesdienst in Idstein
Ort: Gemeindesaal von St. Martin in Idstein, anschließend kleiner Imbiss.
Infos: Ute Schäfer; ute.schaef@gmx.de

Mai

Di, 2.5., bis Di, 30.5., Rüsselsheim
Die Ausstellung »Frieden Machen« (Bundeszentrale für politische Bildung) im Opel-Altwerk ist immer dienstags und donnerstags von 15.00 bis 18.00 Uhr öffentlich zugänglich.
Die pax christi-Gruppe Südhessen betreut die Ausstellung gemeinsam mit anderen.
Eröffnungsvernissage: 2.5. um 19.00 Uhr
Infos: Ingrid Reidt; i.reidt@gmx.de

Mi, 3.5., bis So, 7.5., Bad Endbach
Friedenswanderwege 2023
Thema: »Bewahrung der Schöpfung«
Infos und Anmeldung: Horst Biermeier; 0 64 62 4 11 94 36; horst.biermeier@arcor.de

So, 7.5., 19.00 Uhr, Mainz
Friedensgottesdienst im Rahmen der Aktionen »Frauen im Widerstand«
Im von pax christi gestalteten Gottesdienst wird besonders an Frau Elizabeth Darapsky erinnert.
Ort: St. Christoph,
Hinteres Christofsgasse 3–5, Mainz

Sa, 13.5., 11.00–16.00 Uhr Livestream auf Youtube
16. Hessisches Sozialforum
Vorstellungen und Visionen von einer gerechten, ökologischen und sozialen Zukunft für alle in Hessen werden fünf Monate vor der hessischen Landtagswahl diskutiert.
Das Sozialforum wird gestreamt:
www.youtube.com/hausamdom

So, 28.5., 17.30 Uhr, Idstein
Monatlicher pax christi-Gottesdienst in Idstein
Ort: Gemeindesaal von St. Martin in Idstein, anschließend kleiner Imbiss.
Infos: Ute Schäfer; ute.schaef@gmx.de

Juni

Sa, 24.6., 9.00–17.00 Uhr, Frankfurt
Vom Krieg zum Frieden – pax christi-Friedenswerkstatt
Wir wollen miteinander und mit Unterstützung von Osteuropa-Expert:innen und Fachpersonen in ziviler Konfliktbearbeitung über zivile Handlungsmöglichkeiten im Ukraine-Krieg beraten.
Ort: Haus am Dom in Frankfurt
Infos: pax christi-Büro in Bad Homburg
Teilnahmegebühr: 29 € (19 € ermäßigt) inkl. Getränke und Mittagsimbiss
Anmeldung: via www.Adticket.de oder hausamdom@bistumlimburg.de; 069 80 08 71 84 00

Mo, 26.6., 19.30 Uhr, online
Podiumsdiskussion: Rüstungsexportkontrollgesetz: Licht und Schatten
Teilnehmende: Sven Giegold (Staatssekretär BMWI), Dr. Holger Rothbauer (Rechtsanwalt pax christi), Ralf Stegner MdB/SPD (angefragt), Dr. Simone Wisotzki (HSFK)
Infos: pax christi-Büro Bad Homburg
Anmeldung: untsch@zentrum-oekumene.de

pax christi
Internationale Katholische Friedensbewegung

Impressum und Kontakt

Herausgeber
pax christi Rhein-Main | Regionalverband Limburg-Mainz (s. Geschäftsstellen)
Gesamtherstellung
meinhardt Verlag und Agentur
E-Mail: t.meinhardt@meinhardt.info
Redaktion
Bernd Epe, Rüdiger Grölz, Lutz Lemhöfer, Kerstin und Thomas Meinhardt

Wichtige Adressen

Geschäftsstellen
pax christi-Büro Rhein-Main
Dorotheenstraße 11, 61348 Bad Homburg
Tel.: 06172 92 86 79, Mobil: 01 77 2 80 48 78
rhein-main@pax-christi.de
pax christi-Büro Rhein-Main
Bischofsplatz 2, 55116 Mainz
Tel.: 0 61 31 25 32 63,
frieden@bistum-mainz.de
Förderverein des pax christi Regionalverbandes Limburg-Mainz e. V., c/o Martin Weichlein
Tel.: 0 61 26 5 54 00, weichlein.idstein@t-online.de

Vorstand

Paul Arthen (Geschäftsführer), Michael Baunacke (Geistlicher Beirat), Christian Enke (Geistlicher Beirat), Christoph Krauß (Beisitzer), Susanne Margraf-Epe (Vorsitzende), Thomas Meinhardt (Vorsitzender), Thomas Wagner (Beisitzer), Birgit Wehner (Beisitzerin)

pax christi-Gruppen und Projektgruppen

Bergstraße | Bartho Forchner-Thöne,
Tel.: 0 62 51 6 58 71, Bartho.Forchner-Thoene@gmx.de
Eschborn | Ilse Liebetanz,
Tel.: 0 61 96 4 13 88, iwLiebetanz@online.de
SoViel – Netzwerk für Migration und Nachbarschaft
(s. Geschäftsstelle Bad Homburg)
Frankfurt | Margret Koschel,
Tel.: 0 61 71 7 19 76, margretkoschel@web.de
Gottesdienstvorbereitung | Ute Schäfer (s. u.)
Idstein | Ute Schäfer,
Tel.: 0 61 26 5 74 22, ute.schaef@gmx.de
Ingelheim | Susanne und Bernd Margraf-Epe,
Tel.: 0 61 32 4 05 86, margraf-epe@t-online.de
Lahnstein | Pater Wolfgang Jungheim,
Tel.: 0 26 19 12 63 23, wolfgang.jungheim@sscc.de
Montabaur | Claudia Kobold,
Tel.: 0 26 02 1 77 19, claudia.kobold@gmx.de
Offenbach | Barbara Hoffmann-Neeb,
Tel.: 0 69 86 87 91, b.hoffmann-neeb@t-online.de
Öffentlichkeitsarbeit | Rüdiger Grölz
Tel.: 01 72 10 66 96 6, studiogroelz@t-online.de
Rheinhessen | Gabriele und Knut Behrens,
Tel.: 0 67 36 90 05 20, BR-Ackerbau@t-online.de
Rüstungsexport | Thomas Meinhardt
Tel.: 06 12 69 53 63-0, t.meinhardt@meinhardt.info
Südhessen | Ingrid Reidt, Tel.: 01 76 64 29 39 44, suedhessen@pax-christi.de
Worms | Christian Trieb,Tel.: 0 62 41 2 06 18 19, info@pax-christi-worms.de
Zivile Konfliktbearbeitung
(s. Geschäftsstelle Bad Homburg)